

HÄNDE WEG VON DER ZIVILKLAUSEL!

Keine Eingriffe in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen!

Beinahe zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und der daraufhin ausgerufenen „Zeitenwende“ der Bundesregierung ist **die drastische Verengung auf militärische Logiken** scheinbar unverrückbare Maxime, die mittlerweile ganz offen sowohl *materiell* als auch *mental* zu einer **gesamtgesellschaftlichen „Kriegstüchtigkeit“** führen soll. Als Wissenschaftler:innen und Studierende wissen wir, dass heute wie damals kein Krieg ohne die Einbindung von Wissenschaft geführt werden kann. *Denn der geschichtsbewusste Blick macht offenkundig, dass globale militärische Aufrüstung immer auch ein technologisches Wettrüsten in der Konkurrenz um die elaboriertesten Gewaltmittel bedeutet.*

Nachdem im vergangenen politischen Sommerloch der Medien häufiger zum Angriff auf die Zivilklauseln an über 70 Hochschul- und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik^[1] geblasen wurde, scheint der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) mit seiner anstehenden Wiederwahl nun Taten folgen zu lassen. In den derzeitigen Verhandlungen von CDU und SPD in Hessen um einen Koalitionsvertrag sind offenbar **die Streichungen der an drei hessischen Universitäten und Hochschulen verankerten Zivilklauseln** vorgesehen. Wenig überraschend eigentlich, wenn man sich die bereits im Landtagswahlkampf verlautbarten Versprechungen des Ministerpräsidenten bei den hiesigen Rüstungsriesen vergegenwärtigt. Dort postulierte Rhein bereits aussichtsreiche Bedingungen, womöglich auch uneingeschränkten Zugriff auf öffentliche Einrichtungen, eben ganz im Sinne des Aufrüstungszeitgeists.^[2] *Wie auch immer dieser Eingriff in die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen aussehen wird, es wäre so oder so ein militaristischer Eingriff in die zivile Hochschul- und Forschungslandschaft, der in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos wäre.* Zivilklauseln sind die Resultate demokratischer Auseinandersetzungen in den Hochschulen. Sie wurden von Studierenden, Forschenden und Lehrenden erstritten und durch die Selbstverwaltungsgremien beschlossen!

Die militaristische „Zeitenwende“ trifft jedoch auf **eine öffentliche Hochschullandschaft im desolaten Zustand**: es gibt einen Sanierungsstau für die Instandsetzung der deutschen Hochschulen, der auf über 70 Milliarden Euro geschätzt wird^[3]. In Marburg stürzte jüngst das Dach eines Vorlesungssaals ein^[4], seit Jahren melden ganze Fachbereiche Bankrott an^[5], prekäre Beschäftigungsverhältnisse an öffentlichen Hochschulen sind weiterhin bitterer Alltag für den wissenschaftlichen Mittelbau und studentische Hilfskräfte^[6], und die psychosoziale Lage der Studierenden spitzt sich seit Jahren weiter zu.^[7] Die Ökonomisierung der Hochschule und Forschung der vergangenen Jahrzehnte ist keinesfalls eine Erfolgsgeschichte – eine weitere Verschärfung ist keine Lösung, sondern zementiert ihre Ursachen! Dieser realen und für alle offenkundigen Problemlage von Hochschulen und ihren Angehörigen steht kein Sondervermögen von 100 Mrd. zu. **Im Gegenteil verhindert eine militaristische Verschärfung der Drittmittelabhängigkeit eine in die Zukunft gerichtete und am Gemeinwohl orientierte Entwicklung der gesamten Hochschullandschaft.**^[8] Denn unter den aktuellen Haushaltsverhältnissen mit Schuldenbremse in Bund und Ländern, bedeuten Milliarden für Rüstung und Militarisierung ein weiteres Kaputtsparen des Sozialstaates und damit auch der Grundlage für eine gemeinwohlorientierte Forschung und Lehre.

Schluss damit!

Wir wollen eine **zivile Hochschullandschaft**, die es sich zur Aufgabe macht den globalen Krisen **international und kooperativ** zu begegnen und damit dem zukunftsweisenden **Auftrag durch die verfasste Weltgemeinschaft der UN mit den 17 Nachhaltigkeitszielen** (SDGs) folgt. Gerade eine solche Orientierung bildet die Grundlage von Wissenschaften, die die Erforschung der Ursachen und die Ausarbeitung von humanistischen Lösungsansätzen zur Klimakrise, zu Kriegen, Flucht und Vertreibung und dem globalem sozialen Elend zum Zweck haben! **Zivilklauseln schaffen jene wissenschaftliche Freiheit, um genau diesem Auftrag gerecht werden zu können.** [9] Denn die Verstrickungen der Wissenschaften für Krieg insbesondere in Deutschland haben eine dunkle Geschichte: In den beiden Weltkriegen waren es deutsche Wissenschaftler, die maßgeblich an der barbarischen Qualität der Gewaltmittel für den deutschen Kolonialismus, totalen Krieg und Holocaust mitgewirkt haben. Nach der Befreiung durch die Alliierten wurde dieser Verstrickung im Grundgesetz bedeutend Rechnung getragen.

Die *Wissenschaftsfreiheit* (Art. 5 Abs 3. GG) im Lichte des *Sozialstaatsprinzips* (Art. 20 Abs. 1 GG) und der grundsätzlichen *Friedensfinalität* des Grundgesetzes bilden die Grundlage für eine freie Wissenschaft und Lehre in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. **Sozialer Fortschritt im Sinne der Menschenwürde (Art. 1. GG) im Einklang mit einer ökologisch-nachhaltigen und friedensorientierten weltweiten Entwicklung – das ist der zukunftsorientierte Zweck einer Hochschule, die sich der Verwirklichung des Grundgesetzes verpflichtet fühlt!**

Wir fordern: **HÄNDE WEG VON DER ZIVILKLAUSEL!**

- *Keine Militarisierung der öffentlichen Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Hessen und überall!*
- *Für die zivile Ausrichtung von Wissenschaft & Lehre und die dafür notwendige bedarfsgerechte öffentliche Ausfinanzierung!*
- *Das Wesen der Zivilklausel stärken unter Studierenden, Forschenden wie Lehrenden für die Ausbildung und Befähigung zum kritischen Denken eines mündigen, gesellschaftlichen und demokratischen Menschen!*
- *Mehr Demokratie wagen! Förderung und der Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen durch umfassende paritätische Einbindungs- und Mitwirkungsgremien aller Hochschulangehörigen.*

[1] Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“(2023): Liste aktueller Zivilklausel sortiert nach dem Datum ihres Bestehens. Online: <http://zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln>.

[2] „Ministerpräsident Rhein will Rüstungsstandort Kassel stärken“. In: Zeit Online vom 25.07.2023. Online: <https://www.zeit.de/news/2023-07/25/ministerpraesident-rhein-will-ruestungsstandort-kassel-staerken>.

[3] „Deutschlands Hochschulen brauchen 74 Milliarden Euro für Instandsetzung“. In: Spiegel Online vom 02.06.2023. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/deutschlands-hochschulen-brauchen-74-milliarden-euro-fuer-instandsetzung-a-d44d7394-6ab2-4bee-8c25-4a5a01ad75f9>.

[4] Hessenschau (2023): „Decke in Marburger Uni-Hörsaal eingestürzt: "Wir haben Glück gehabt“ vom 04.12.2023. Online: <https://www.hessenschau.de/panorama/uni-marburg-decke-in-hoersaal-ingestuerzt-v3,decke-uni-marburg-100.html>; in der Folge sperrt auch die TU Darmstadt einen großen Hörsaal, weil dieser womöglich „überlastet“ sein könnte: „Nach Decken-Einsturz in Marburg: TU Darmstadt sperrt großen Hörsaal“, Hessenschau vom 08.12.2023. Online: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/tu-darmstadt-sperrt-grossen-hoersaal--hinweise-auf-einsturzgefahr-v1,hoersaal-darmstadt-gesperrt-100.html>.

- [5] Schmidt, Sebastian (2022): „Stellenkürzungen an Uni Gießen: Wer trägt Verantwortung für Finanzloch?“. In: Gießener Allgemeine vom 31.01.2022. Online: <https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/stellenkuerzungen-uni-giessen-jlu-sparplaene-mittelbau-91265014.html>.
- [6] Marx, Paul (2023): Hochschule: Studie belegt prekäre Arbeitsbedingungen. Online: <https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/hochschule-studie-belegt-prekaere-arbeitsbedingungen>.
- [7] Fuest, Paolo (2023): Studentische Armut sichtbar machen und bekämpfen. Online: <https://www.fzs.de/2023/03/12/studentische-armut-sichtbar-machen-und-bekaempfen/> & <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bafoeg-studierende-102.html>.
- [8] Wagner, Jürgen (2023): Zeitenwende heißt Sozialabbau. In: Informationsstelle Militarisation e.V. – IMI-Studie 2023/2. Online: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2023-2-Sozialabbau.pdf>.
- [9] BdWi (2023): Keine Militarisation unserer Hochschulen! BdWi und fzs widersprechen Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger. Online: <https://www.bdwi.de/show/11158813.html>.